



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/139 - 26. Juni 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Woche:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Vor der zweiten Phase in Genf Sicherheits- und Deutschland-Problem in den Vordergrund stellen!	82
3	Mahnung und Verpflichtung Zum Schlesier-Tag in Köln	44
4 - 5	Die Kosten des zweiten Verkehrsweges Probleme des kommunalen Verkehrs Ein Interview mit Dr. Paul Bleiß, MdB	68
6 - 7	Entwicklungen im italienischen Sozialismus Die Aufnahme der dissidenten Sozialdemokraten in die Sozialistische Partei (PSI) Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	102

* * *
* *

Vor der zweiten Phase in Genf

sp - Jeder Versuch, die zweite Phase der Genfer Aussenministerkonferenz im positiven Sinne zu beeinflussen, wird mit einer gewissen Analyse derjenigen Punkte beginnen müssen, die bei den bisherigen Verhandlungen Diskussionsgegenstand und nicht nur Propagandathesen waren. Im speziellen deutschen Interesse wird es liegen, ernsthaftes Anstrengungen zu machen, um von einer isolierten Lösung des Berlinproblems hinwegzukommen.

Es ist erwiesen, dass sich in den sechs ersten Genfer Verhandlungswochen Ost und West kaum bemüht haben, die Frage der europäischen Sicherheit, ausgehend von den Überlegungen zur Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Europa, zu erörtern. Wer die Schuld daran trägt, ist im Augenblick uninteressant. Tatsache bleibt jedoch, dass unseres Wissens keiner der Verhandlungspartner in Genf auf dieses Gebiet vorgestossen ist, obwohl gerade die Ost-West-Spannungen im übergeordneten Sinne ihren Ursprung in den nicht gelösten militärischen Problemen in Europa haben.

Das mag simpel klingen, und doch ist es so. Vor zwei Jahren scheiterten in London die Verhandlungen des Unterausschusses der UNO-Abrüstungskommission an der Unüberbrückbarkeit der gegenseitigen Standpunkte, die heute - wegen der weiterentwickelten Waffentechnik - längst als überholt gelten. Man sollte also unter Berücksichtigung der inzwischen in Ost und West entwickelten Abrüstungs- und Entspannungsvorschläge anknüpfen und jenen Punkt in den kommenden Verhandlungen zu erreichen versuchen, der sowohl die Sicherheitsinteressen der Ostblock-Staaten wie auch die der westlichen Allianz unmittelbar berührt.

Gelänge dies und könnte auf diese Weise eine Synchronisierung mit den nicht ganz aussichtslosen Verhandlungen über den Stopp und die Kontrolle von Atomwaffen-Versuchen erreicht werden, dann wäre damit eine günstige Atmosphäre für die Diskussion der politischen Probleme in Europa geschaffen.

Diese politischen Probleme sind die Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands, sowie die Berlin-Frage.

Auch wenn es nicht immer offen ausgesprochen wird, so weiss doch jeder politisch denkende Mensch, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nach so vielen Jahren der Spaltung nicht durch einen einfachen Anschluss der Sowjetzone an die Bundesrepublik zu erreichen ist. Die Wiedervereinigung wird das Ergebnis eines zielbewusst gesteuerten Prozesses in beiden Teilen Deutschlands sein, nachdem in der Vergangenheit sowohl die militärische Eingliederung

der beiden Teile Deutschlands in einander gegenüberstehende Militärblöcke zu einer Realität geworden ist, wie auch die ökonomische und gesellschaftliche Struktur beider Gebiete in unterschiedlichen Systemen entwickelt wurde.

Während der Genfer Aussenministerkonferenz haben Ost und West sogenannte Verhandlungspakete auf den Tisch gelegt, in denen vorgeschlagen wird, einen Gesamtdeutschen Ausschuss zu bilden. Der Osten will einem solchen Ausschuss andere Kompetenzen übertragen als der Westen. Der Westen sieht in ihm ein provisorisches Gebilde zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Lösung des Deutschlandproblems. Der Osten dagegen versucht, mit Hilfe des Gesamtdeutschen Ausschusses die Existenz der DDR zu legitimieren und will ihn ausserdem beauftragen, einen Friedensvertrag vorzubereiten.

Nun weiss man aus Erfahrung, dass in Konferenzen von der Art der Genfer Aussenministerkonferenz im allgemeinen Maximalforderungen aufgestellt werden. In der gegenwärtigen Verhandlungsphase sind diese Maximalforderungen umso bedeutsamer, als sie nicht nur aus Gründen der Propaganda, sondern auch in einer Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens vorgebracht wurden.

Wer sagt uns aber, dass nicht eine ganz andere, bessere Situation entstehen könnte, wenn Ost und West vor der Erörterung der politischen zunächst einmal eine Diskussionsbasis für die militärischen Sicherheitsprobleme gefunden haben?

Gewiss wird es auch jetzt nicht an Einwänden gegen die hier vorgeschlagene Methode für die zweite Phase der Genfer Aussenministerkonferenz fehlen. Aber alles, was man dagegen sagen könnte, wird doch dadurch gegenstandslos, dass die bisher angewandten Methoden weder zu einer Entspannung in Europa, noch zu einer Überwindung der Spaltung Deutschlands und erst recht nicht zu einer Lösung des Berlin-Problems geführt haben.

Verzichtet man darauf, neue Wege in der kommenden Verhandlungsphase einzuschlagen, dann wird man weiterhin damit rechnen müssen, dass die Berlin-Frage isoliert bleibt, die Spannungen zwischen Ost und West in Europa weiter anwachsen und schliesslich die Hoffnung auf die Verwirklichung der Wiedervereinigung in immer weitere Ferne rückt.

Der Deutschlandplan der SPD hat in realistischer Einschätzung der internationalen Situation Ansatzpunkte aufgezeigt, von denen ausgehend eine neue europäische Politik entwickelt werden könnte. Die bisherigen Ergebnisse von Genf erlauben uns, ohne Überheblichkeit zu sagen, dass man auch in der zweiten Phase von Genf nicht weiterkommen wird, wenn man sich nicht endlich entschliesst, jene Gedanken aufzugreifen, die von der Deutschen Sozialdemokratie entwickelt wurden.

Mahnung und Verpflichtung

sp - Unter der Parole "Freiheit für Schlesien" haben sich die heimatvertriebenen Schlesier zu ihrem Deutschlandtreffen 1959 in Köln versammelt. Es wird ein mächtiges Bekenntnis werden; denn Schlesien galt mit seinen viereinhalb Millionen Deutschen als die größte deutsche Ostprovinz.

Aus dieser ihrer Heimat wurden sie vertrieben. Darum berufen sie sich auf das Selbstbestimmungsrecht, das zwar in der Charta der Vereinten Nationen seinen Niederschlag gefunden hat, aber in der Anwendung für sie noch nicht gilt.

Sie erinnern an das Recht auf Heimat, um dessen internationale Anerkennung noch gerungen wird, damit jedem Menschen die Sicherheit eines festen Wohnsitzes in der angestammten Heimat gegeben und zwangsweise Umsiedlung und Vertreibung verboten wird.

Die Welt muß bei diesem Treffen feststellen, daß die Hunderttausende von Männern und Frauen nicht aus Zwang oder durch irgendeine finanzielle Unterstützung, sondern freiwillig zusammenkommen, weil ihr menschliches Empfinden gegen das verletzte Recht den Einsatz für die Heimat immer wieder lebendig werden läßt.

Dabei sollte auch beachtet werden, daß die heimatvertriebenen Schlesier, wie alle Heimatvertriebenen, einen umfassenden Verzicht auf Haß und Rache ausgesprochen haben, und daß sie nicht willens sind, den wahnsinnigen Gedanken an einen neuen Krieg zur Beseitigung ihres ihnen zugefügten Unrechts zu hegen. Sie werden dabei bereit sein, alle Garantien West und Ost zu geben, wenn man auch ihnen die Garantien für eine Bereinigung des Unrechts gibt.

In dieser Stunde darf nicht unausgesprochen bleiben, daß die Austreibung in erster Linie auf die Expansionspolitik Hitlers zurückzuführen ist. Das Recht der nationalen Selbstbestimmung muß für alle Völker gelten, wenn es sich als eine sichere Friedensgrundlage bewahren soll. Wenn auch die gegenwärtige Aussichtslosigkeit in der Außenpolitik manche Hoffnung noch nicht reifen läßt, werden die Heimatvertriebenen bei allen Versuchen dabei sein müssen, mit allen Menschen und Völkern in gute Berührung zu kommen. Spekulationen auf "Ereignisse" in anderen Staaten sind völlig ungeeignet zum Weg in die Heimat. Sie sind außerdem gefährlich; denn sie verletzen das Selbstbestimmungsrecht.

Die heimatvertriebenen Schlesier können ihr Vertrauen auf eine glückliche Lösung auch nicht auf große Worte setzen; sie sind in unserer Zeit irreführend.

Wenn der Zusammenbruch Deutschlands, wenn der Tod von Millionen Männern, Frauen und Kindern für uns Mahnung und Verpflichtung sein soll, dann muß ein gerechter und dauerhafter Friede auch im Osten werden. Die Landsmannschaft Schlesien kann hierbei ein gewichtiges Wort mitreden.

Die Kosten des zweiten Verkehrsweges

Ein Interview mit Dr. Paul Bleiß, MdB

SPD-Pressedienst: Herr Abgeordneter Dr. Bleiß, die Gemeinden erstickten doch bald im Verkehr und im Rahmen der Verkehrswirtschaft spielen die öffentlichen Betriebe des Personennahverkehrs doch eine bedeutsame Rolle. Sind Sie der Meinung, daß sich hieraus Verpflichtungen für den Bundeshaushalt ergeben können?

Dr. Paul Bleiß: Das Problem der öffentlichen Verkehrsbetriebe beschäftigt uns seit langem in doppelter Hinsicht,

- I. soweit es sich um Fahrzeuge und stationäre Anlagen handelt,
- II. soweit es den sogenannten zweiten Weg betrifft.

Der Ergänzungs- und Erweiterungsbedarf an Fahrzeugen ist bedeutungsvoll für die Beschäftigung der unter Auftragsmangel leidenden Waggon-Industrie. Der sogenannte II. Weg soll in den Großstädten den Stadtkernverkehr entlasten.

SPD-Pressedienst: Was verstehen Sie unter zweiten Weg ?

Dr. Paul Bleiß: Es handelt sich hierbei um Untergrundbahnen und Unterpflaster-Straßenbahnen, die den Massenverkehr in die zweite Ebene verlegen und eine bessere und schnellere Beförderung im innerstädtischen Massenverkehr ermöglichen sollen. Für den Ausbau der U-Bahn kommen besonders Berlin und Hamburg, für Unterpflasterbahnen sieben weitere Großstädte in Frage. In weiteren etwa 70 Groß- und Mittelstädten sind umfangreiche Straßenüber- oder -unterführungen erforderlich.

SPD-Pressedienst: Haben Sie Überlegungen angestellt, welche Aufwendungen hierfür erforderlich sind ?

Dr. Paul Bleiß: Von einem kleinen Kreis von Verkehrsexperten der SPD, von Fachleuten in Nahverkehrsbetrieben ist unter Kontakt mit dem Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe ein Zehnjahresplan für den Bedarf der in diesem Verband zusammengeschlossenen Unternehmungen einschließlich der Wegekosten

aufgestellt worden.

Der Gesamtbedarf beläuft sich auf 4,2 Milliarden DM

Hiervon entfallen auf:

I. Erneuerung, Rationalisierung, Modernisierung

- a) Neubeschaffung von Fahrzeugen 1,2 Mia DM
- b) Neubeschaffung sonstiger Anlagen 0,8 Mia DM
- c) Umstellung auf ein anderes Betriebsmittel 0,1 Mia DM = 2,1 Mia DM

II. Investitionen zur Anpassung der städtischen Verkehrsstraßen an den sich steigenden Verkehr:

1. Wegekosten:

- a) neue U-Bahn Hamburg 0,5 Mia DM
- b) neue U-Straßenbahnen (7 Großstädte) 0,6 Mia DM
- c) neue Über- oder Unterführungen 0,5 Mia DM = 1,4 Mia DM
(70 Städte) 0,7 Mia DM
2,1 Mia DM

SPD-Pressedienst: Wer soll den Aufwand tragen ?

Dr. Paul Bleiß: Die Erneuerung, Rationalisierung und Modernisierung ist Aufgabe der öffentlichen Verkehrsbetriebe; ihre Finanzierung muß aus Abschreibungen, aus Mitteln der Gemeinden und zusätzlich aus Kredithilfe oder Bürgschaft des Bundes erfolgen. Das gleiche gilt für den Fahrzeugpark und die stationären Anlagen der U-Bahn und U-Straßenbahnen.

Vom Bund zu finanzieren sind die Wegekosten in Höhe von 1,4 Milliarden DM.

SPD-Pressedienst: Wird die SPD eine Vorlage im Bundestag einbringen?

Dr. Paul Bleiß: Der Zehnjahresplan für die öffentlichen Verkehrsbetriebe wird der SPD-Fraktion zur Beschlußfassung zugeleitet und, soweit er die Wegekosten betrifft, von der SPD-Fraktion im Zusammenhang mit dem Straßenbaufinanzierungsgesetz behandelt werden.

Die Um- und Neuordnung des innerstädtischen Verkehrs ist von größter Bedeutung. Er hat seitens des Bundes nicht die erforderliche Unterstützung gefunden. Die SPD wird sich des innerstädtischen Verkehrs annehmen, weil die Unfallgefahren hier besonders groß sind und mit allen Mitteln bekämpft werden müssen.

Entwicklungen im italienischen Sozialismus

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Der autonomistische Flügel (Nenni) der Linksozialisten, der am 33. Kongreß in Neapel die Mehrheit um seine These zu versammeln vermochte, hat anlässlich der Tagung des Zentralkomitees der PSI einen harten Kampf ausfechten müssen, um den Eintritt der MUIS (Einheitsbewegung der Sozialistischen Initiative) genehmigen zu lassen.

Die MUIS wurde letzten Januar von denjenigen Sozialdemokraten gegründet, die sich von der Sozialdemokratischen Partei (Saragat)-PSDI-losgelöst hatten. Die Leiter der MUIS - Matteotti, Zagari, Vigorelli - haben damals die politische Linie, die von der Mehrheit der PSI auf dem Kongreß von Neapel angenommen wurde, als befriedigend bewertet. Das einzige politische Ereignis, das die Entwicklung nach rechts der Christlichdemokratischen Partei und somit des ganzen Landes verhindern könne - so meinte die MUIS -, wäre die Wiedervereinigung sämtlicher sozialistischen Kräfte Italiens. Die Sozialdemokratische Partei mit ihrer "zentristischen" Politik verhindere die Einheit aller Sozialisten; so begründete die MUIS ihre Lösung von der PSDI.

Die politische Linie, welche die MUIS auf ihrer letzten Tagung (Mai 1959) festgesetzt hat, ist mit derjenigen der PSI nicht ganz identisch; sie befürwortet in stärkerem Maße als der autonomistische Mehrheitsflügel der Linksozialisten die atlantische Politik in dem Sinne, daß ihre Linie keine neutralistische "ispirazione" enthält, die dagegen für die PSI charakteristisch ist. Was die KPI anbelangt, so weigern sich die dissidenten Sozialdemokraten, einen kommunistischen Beitrag zur Politik der "Demokratischen Alternative" anzunehmen.

Was das gewerkschaftliche Problem anbelangt, so zählt die MUIS viele Anhänger, die der UIL (derjenigen Gewerkschaft, die politisch zwischen der christlichdemokratischen CISL und der sozialistisch-kommunistischen CGIL steht) angehören. Deshalb vertrat die MUIS die Meinung, daß den Sozialisten die Wahl über die Gewerkschaft, der sie angehören wollen - UIL oder CGIL - frei stehen sollte, währenddem das Statut der PSI die Angehörigkeit an die CGIL vorschreibt.

Die Verhandlungen zwischen den Linksozialisten und den dissidenten Sozialdemokraten waren mühsam und haben sich von Februar bis Juni hingezogen. Zuletzt wurde eine Abmachung unterzeichnet, die sich in einen politischen und einen organisatorischen Teil einteilt. Im politischen Teil beschränkt man sich darauf, festzulegen, daß die MUIS die Politik der PSI, so wie sie auf dem Kongreß von Neapel beschlossen wurde, und das Partei-Statut annimmt. Somit wird also auch von Seiten der MUIS stillschweigend die obligatorische Angehörigkeit an die CGIL angenommen. Was den organisatorischen Teil der Abmachung betrifft, so werden den dissidenten Sozialdemokraten 12 Sitze (mit beratender Stimme) im 81 Mitglieder zählenden Zentralkomitee zugeteilt, sowie eine bestimmte Anzahl von Sitzen in den Provinz-Komitees (mit beschließender Stimme); diese Anzahl variiert je nach den lokalen Kräften der MUIS. - Damit diese Abmachung Gültigkeit erlangte, mußte sie vom Zentralkomitee gebilligt werden.

Die zwei Minderheitsflügel des ZK, der linke mit Vecchiotti an der Spitze (27 Mitglieder) und der Basso-Flügel (7 Mitglieder) haben sich mit Verbissenheit gegen die Billigung des Abkommens geschlagen; sie behaupten, daß dieses Abkommen und die darin enthaltene Stellungnahme der MUIS mit derjenigen der PSI unvereinbar sei, und daß sie - was ganz besonders hervorgehoben wurde - vom organisatorischen Standpunkt aus das Partei-Statut verletze. Die Autonomisten (Nenni) dagegen haben das Abkommen verteidigt. Sie sind der Meinung, daß dadurch nicht nur der Sozialdemokratischen Partei ein harter Schlag versetzt worden sei, sondern auch daß die in der unterzeichneten Abmachung nicht ganz klar hervortretende politische Stellungnahme der dissidenten Sozialdemokraten (mit der übrigens auch ein Teil der Autonomisten nicht vollständig einig ist) im Laufe der Zeit überwunden werden könne.

Sich auf die Kontroverse über den organisatorischen Teil der Abmachung beziehend, erklärte Nenni, das Partei-Statut lege mit keinem Wort das Problem von sozialistischen Gruppen, die sich der PSI anschließen, fest. So habe sich das Direktorium der Partei ganz einfach nach den ähnlichen vorhergehenden Fällen gerichtet, als andere sozialistische Gruppen ihren Beitritt in die PSI beschlossen.

Die Aufnahme der MUIS in die PSI wurde nach langwieriger Diskussion mit 46 (Nenni) gegen 34 (Vecchiotti und Basso) angenommen. Dabei ereignete sich ein Vorfall, welcher die Spannung, die augenblicklich in der PSI herrscht, bestätigt. Die Anhänger des linken Flügels verließen demonstrativ den Saal, als über die Möglichkeit abgestimmt wurde, in den Provinz-Komitees eine je nach den lokalen Verhältnissen festzulegende Anzahl von MUIS-Anhängern aufzunehmen. Der linke Flügel begründete sein Verhalten damit, daß allein durch die Abstimmung über eine Frage, die das Statut nicht vorsehe, dieses verletzt werde. Diese Geste hat überall in sozialistischen Kreisen große Bestürzung hervorgerufen, umso mehr sie den Eindruck erweckt, daß die PSI vor der Möglichkeit einer neuen Spaltung stehe. Es wurde sogar über die Eventualität eines außerordentlichen Parteitages gesprochen.

Nach einigen Stunden nahm der linke Flügel seinen Platz im ZK wieder ein. Es wurde dann eine Verweis-Motion gutgeheißen gegen diejenigen, die das ZK verlassen hatten. Die von den Autonomisten vorgeschlagene Motion wurde auch von den Basso-Anhängern, die an sich gegen die Form des Beitritts der MUIS gestimmt hatten, gutgeheißen; damit hat sich die Basso-Gruppe vom linken Flügel differenzieren wollen.

Formell ging das Zentralkomitee wie üblich zu Ende; die Spannung zwischen den verschiedenen Strömungen hat sich jedoch wesentlich verschärft, dies, obschon die Abstimmung über die politische Linie, welche die PSI in der sizilianischen Frage einzuhalten habe, einstimmig angenommen wurde. Die "sizilianische Politik" der Partei beruht auf der Bereitschaft der PSI, an einer Regionalregierung mitzuarbeiten, die sich aus der Bewegung Milazzos und aus der KPI zusammensetzt, vorausgesetzt, daß es Milazzo gelingt, die noch weiteren fünf notwendigen Stimmen von dissidenten Monarchisten oder sogar Christlichdemokraten zu gewinnen.

Wie die kürzlich stattgefundenen Gemeindevahlen bewiesen haben, verursacht die Loslösung der MUIS von der PSDI den Sozialdemokraten keinen großen Schaden. Der Verlauf der Zentralkomitee-Sitzung der PSI hat bewiesen, daß, wenn die Mehrheit grundlegende Linien, wie diejenige der Beziehungen zur Kommunistischen Partei oder zur Christlichdemokratischen Partei aufwerfen würde, die Einheit der Partei Gefahr laufen würde, kompromittiert zu werden. + + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel